

Das Nationalitätenproblem als ostpolitisches Problem

Autor(en): **Hasselblatt, Werner**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur**

Band (Jahr): **7 (1927-1928)**

Heft 11

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-156447>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Das Nationalitätenproblem als ostpolitisches Problem.

Von Werner Hasselblatt, Reval.

Auf keinem Betätigungsgebiet haben wir auslanddeutschen Führer in Mittel-Osteuropa mit so vielfachen Aufgabenkreisen zu rechnen, wie in der Nationalitätenfrage. Unsere Tätigkeit muß sich, besonders wenn wir Parlamentarier sind, in erster Linie auf das heimatliche Deutschland, das uns zur Vertretung ins Parlament berief, wie auf die andersnationale, meist alleinstaatssverwaltende Umwelt beziehen; sie hat aber auch das die europäische Mitte bewohnende deutsche Gesamtvolk und schließlich die Nationalitätenbewegung zu berücksichtigen, die die nationalen Minderheiten Europas, hauptsächlich auf dem Wege über die Genfer Nationalitätenkongresse, zur Mitarbeit an den gesamteuropäischen Aufgaben verpflichtet. Daraus ergibt sich dieser Zweiklang zwischen Heimatgebundenheit und Stammesgebundenheit. Ihm gesellt sich zu jene Brückendienststellung, die uns berufen macht, zu vermitteln zwischen Volk und Volk und selbst zwischen Staat und Staat.

All das stellt nicht nur Anforderungen an unsere Umsicht in der Verteidigung. Wir brauchen auch weites Augenmaß für die Fragen künftiger Gestaltung und tiefes Verantwortungsbewußtsein für diese kommende Gestaltung selbst.

Es sei hier in Kürze dargelegt, warum das Nationalitätenproblem gerade von uns als ein ostpolitisches Problem angesprochen wird und warum es im wesentlichen den osteuropäischen Völkermischgürtel betrifft, der sich vom finnländischen Meerbusen bis hinab nach Bessarabien zieht und der im Hinblick auf das bolschewistisch=chaotische Rußland und den Balkan die europäische Peripherie darstellt.

Das stärkste europäische Kulturgefälle geht von Mitteleuropa nach Osten. Das deutsche Volk ist in seiner Siedelung längs der Ostfront überall mit anderen Völkern verzahnt und auf ein gedeihliches Zusammenleben mit ihnen angewiesen. Die Entwicklung der staatlichen und volklichen Kultur dieser Völker ist jedoch durch *Überspizung ihres Nationalismus* und *Staatszentralismus* — zumeist auf Kosten der deutschen Gruppen — von der Linie politischer und rechtlicher innerstaatlicher Ausgeglichenheit abgewichen und hat die unruhige und bedrohliche Linie der staatlichen und nationalen Gegensätzlichkeiten eingeschlagen. Der Aufbau des Staates lediglich auf politischen Parteien, das wirtschaftspolitische und engnationalistische Sichgegenseinander=Abkapseln der Staaten, der Mangel einer gemeinsamen Haltung gegenüber europafeindlichen Einflüssen (materialistischer Amerikanismus und eurasischer Bolschewismus) kennzeichnen das *System von Gegensätzen*, das dem gegenwärtigen Mittel-Osteuropa als geschichtliche Triebkraft gedient hat. Diese Entwicklungserrscheinungen legen es zwingend nahe, die deutschen Volksgruppen als sehr wesentliche *Ordnungselemente* dieses Raumes anzusprechen.

Weil wir uns als Ordnungselement empfinden, sind unsere Pflichten ganz andere und viel schwerere als diejenigen unserer andersnationalen Umwelt, die Form und Inhalt jeglicher Staats-, Rechts- und Kulturgestaltung meist nur vom Gesichtspunkt der Steigerung ihres nationalen Lebensausdruckes aus betrachtet. Damit komme ich zu der Bewertung der Nachkriegsregelung Osteuropas im Hinblick auf das Nationalitätenproblem, zu einem national-politischen Querschnitt durch die Nachfolgestaaten des ehemaligen Zarenreiches und der österreichisch-ungarischen Monarchie, sowie deren östliche Nachbarstaaten.

Durch Proklamierung des Prinzipes der Selbstbestimmung der Nationen, durch Zugrundelegen nur dieses alleinigen Grundsatzes bei staatlichen Neugründungen oder Neugestaltungen hat der Nationalstaatsgedanke eine bisher nicht gekannte Überspizung erfahren. Der Staat als höchste Lebensform einer einzigen Nation kann ein national wertvolles Gebilde nur sein, wenn die Nation, die dem Staate ihr Gepräge geben, die in dem von ihr beherrschten Raume allein staatsverwaltend, geschichtsbildend und kulturgestaltend sein will, auch die Fähigkeit aufweist, den Nationalstaat zu einem Rechts- und Ordnungsstaat, zu einem innerlich und äußerlich befriedeten Kultur- und Heimatstaat zu machen. Ferner ist der Nationalstaat nur dann ein Gebilde von Wert und Dauer, wenn er zugleich als Raumgestaltung und als lebensfähiger Wirtschaftskörper eine notwendige Teileinheit Europas darzustellen vermag.

Es braucht hier wohl nicht näher dargelegt werden, wie die Staatenkarte Europas heute aussehen würde, wenn nicht allein der Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes, sondern daneben auch raumstaatliche, wirtschaftsstaatliche oder andere der von mir genannten Gesichtspunkte bei der Neuregelung Osteuropas bestimmend gewesen wären. Nur ein Beispiel: unter raumstaatlichem, wirtschaftspolitischem und auch entwicklungsgeschichtlichem Gesichtspunkt wären die baltischen Staaten Estland und Lettland kaum zweigeteilt ins Leben getreten. Ein unter diesen Gesichtspunkten erfolgreicher Zusammenschluß der ehemaligen drei russischen Ostseeprovinzen zu einem einzigen staatlichen Gebilde hätte der Verdoppelung des wirtschaftlichen und politischen Resonanzbodens Rechnung getragen. Jetzt lehnen es zwar beide Staaten mit Recht ab, als lebensunfähige Kleinstaaten beurteilt zu werden. Es gibt noch kleinere Staatsgebilde in Europa, deren Abgrenzung gegen größere Staaten kultur- und europapolitisch sicherlich kaum so begründet ist, wie diejenige Estlands und Lettlands gegen Rußland, und zwar nicht nur gegen das gegenwärtige kommunistische Rußland. Mit Recht lehnen es beide Staaten aber auch ab, als Randstaaten, d. h. gewissermaßen als Fortsetzung der großen sarmatischen Tiefebene angesprochen zu werden. Sie sind Anliegestaaten der zu Mitteleuropa gehörenden Ostsee. Daraus entspringt ihre Gliedstellung in Europa und ihre besondere Aufgabe. Trotzdem ist die, in erster Linie wirtschaftliche Zusammenfassung der beiden Staatsgebilde zu einem einzigen Wirtschaftskörper, d. h. die Verdoppelung ihres wirtschaftspolitischen Resonanzbodens heute sowohl in Estland

wie in Lettland eine erkenntnismäßig unbestrittene Forderung; das raum- und wirtschaftsstaatliche Denken nimmt am nationalstaatlichen Denken Ergänzungen vor.

Der Nationalstaatsgedanke als alleiniger staatsbildender Grundsatz zeitigte in vielerlei Hinsicht schwere europäische Entwicklungskrisen. Seine Durchführung hatte die Übertragung des neuzeitlichen Individualismus und Materialismus der menschlichen Gesellschaft auf die staatliche Gesellschaft zur Folge und führte zu einem System von in nationalem Egoismus gegeneinander stehenden und gegeneinander abgekapselten Staaten, zu einem System einseitiger Gegensätzlichkeiten. Der Völkerbund als ein Parlament der Staaten versucht — bisher kaum mit großem Erfolg — diese auszugleichen. Dieser nationalstaatliche Individualismus führte des weiteren zu einer, insbesondere für uns Osteuropadeutschen verhängnisvollen Geistesverfassung und Gegenüberstellung nationaler Mehrheiten und Minderheiten. Jene materialistische Betrachtungsweise förderte einen politisch-arithmetischen Primitivismus zu Tage, der das Denken in Werten durch das Denken in Zahlen ersetzte und ein allgemeines Sinken des Urteilsniveaus herbeiführte, dessen Opfer wir vielfach geworden sind, sei es durch Rechtsbeugungen auf wirtschaftlichem Gebiet, sei es durch Niederdrücken unserer kulturellen Haltung und durch eine rücksichtslose Assimilierungspolitik, sei es durch Abdrängung von unserer Pflichtausübung für unsere Heimat, durch Überkennung unseres Charakters als Ordnungselement u. s. w. Der Nationalstaat stellt heute gewissermaßen die Hauptkirche dar, neben welcher die Minderheiten bestenfalls als Sekten geduldet, meist aber verfolgt werden. Damit komme ich zur Frage, welcher Lösung das Nationalitätenproblem, insbesondere im Hinblick auf Osteuropa, bedarf.

Die Pariser Vorortsverträge schufen den Minderheitenschutz, wenigstens auf dem Papier. Sie gingen von dem Umstand aus, daß „zufällig“ und „leider“ „Sekten“ andersnationaler Volksgruppen in eine sonst national gleichartige Umwelt geraten seien. Weiter wurde in ihnen vorausgesetzt, daß die folgerichtige Anwendung der nationalstaatlichen Grundsätze, verbunden mit der rein arithmetischen Beweisführung der Mehrheit gegenüber der Minderheit, eine Schutzbedürftigkeit der nationalen Minderheiten hervorrufen werde. Letzteres trat auch alsbald und nur zu schmerzvoll in Erscheinung. Im übrigen liegen aber die Dinge so, daß von den deutschen Volksgruppen Osteuropas keine einzige „zufällig“ dorthin gelangt und „leider“ dort bodenständig geworden ist. Im Gegenteil, diese haben in den meisten Fällen Staats- und Wirtschaftskultur, häufig auch die christliche Lehre nach Osteuropa gebracht und so — jede auf ihre Weise — ein Bollwerk gegen andrängende eurasische Fluten anti-europäischen Charakters gebildet. Nicht Zufall, sondern Sendung kennzeichnet ihre Geschichte, und wohl kein deutscher Stamm dürfte Gewicht darauf legen, den Stempel der Schutzbedürftigkeit auf die freie Stirn seiner Angehörigen gedrückt zu sehen. Ist es doch umgekehrt der Deutsche gewesen, der in vergangener und jüngster Geschichte stets seine schützende Hand über dem Lande hielt, das er Heimat nennen durfte. In unzähligen

Kämpfen hat am europäischen Grenzrand der Deutsche als Schirmherr deutsches Volkstum als Bollwerk den vor den Toren Europas lagernden Osten gebannt und die Massen des großen eurasischen Beckens Mitteleuropa ferngehalten. Das gilt nicht nur für die Balten und die Siebenbürger Sachsen, wenn auch für sie in besonderem Maße.

Die Minderheitenschutzverträge, die lediglich Rechtsobjekte schufen, und auch das nicht ganz ehrlich, müssen wir als falschen Weg bezeichnen, wenn sie auch als Ausgangspunkt für eine bessere Gestaltung positiv zu bewerten sind. Falsch, ja mehr noch gefährlich ist die Lösung des Nationalitätenproblems, wie sie Moskau vornehmen will, weil sie auf Gedeih und Verderb mit dem Bolschewismus verquickt ist. Der kommunistische Orden hat die beiden feurigsten Köpfe radikalen Denkens vor seinen Wagen gespannt: die Vereinigung aller Proletarier zur kommunistischen Weltherrschaft und die künstliche Züchtung nationaler Ansprüche selbst bei solchen Volksstämmen, für die eine Schriftsprache erst in der Moskauer Akademie erfunden werden mußte. Der Zweck dieser Verkoppelung ist natürlich nicht die Förderung national wertvoller staatlicher Bindungen, sondern nur die Schaffung eines Systems, durch das national beliebig geartete Länder dem kommunistischen Orden erschlossen und angegliedert werden können.

Wenn nun weder der Westen noch der Osten gangbare Wege zu bieten vermögen, so ist es naheliegend, daß wir unsere Augen auf die Mitte richten und von ihr eine richtige Lösung erwarten. Diese Lösung muß ethisch-rechtlich höher stehen, muß staatspositiv sein und soll dem lebendigen Organismus eines jeden Gesamtvolkes, unabhängig von seiner staatlichen Zerklüftung und Zerrissenheit, unabhängig auch in Einzelfällen von seiner staatlichen Selbständigkeit, Rechnung tragen.

Wir sehen diese Lösung zunächst in der national-kulturellen Selbstverwaltung, der Kulturautonomie, in der Freigabe der national-kulturellen Konkurrenz, in der zwischenstaatlichen und staatsrechtlichen Anerkennung der Volkspersönlichkeit, in der Wiederherstellung des gebeugten Rechtes und in einer intereuropäischen Entschlossenheit, keine Rechtsbeugungen mehr zu dulden. Eine solche Lösung mag praktisch noch in weitem Felde liegen, ihre Erkenntnis aber reift erstaunlich schnell. Wäre es schon unwürdig, einem Engländer zuzumuten, französische Kultur zu bevormunden und zu verwalten, und einem Franzosen zuzumuten, das zu dulden, so springt die Unerträglichkeit fremdnationaler kultureller Bevormundung und Verwaltung erst recht in die Augen, wenn es sich um zwei Nationalitäten von verschiedener Kulturhöhe handelt. Daher soll man es uns nicht zumuten, uns von fremdnationalen kulturell verwalten zu lassen, deren Kultur der unsrigen nicht gleichartig ist; umgekehrt sollen wir aber auch nicht unsern nationalpolitischen Gegnern unsere Kulturgüter, unsere Ordnungsliebe u. s. w. als Waffen gegen uns in die Hand geben. Besonders zwangsweise sollten wir das nicht tun. Ich rede damit keinerlei Feindseligkeit oder Unduldsamkeit das Wort. Mich leitet nur die Erkenntnis, daß wir unsere kulturellen Werte nur denjenigen andersnationalen Einzelmenschen und

Volksgruppen zur Verfügung stellen sollen, die sie nicht parasitär, ohne Gegenleistung, nutzen, sondern Gegenrecht halten und innerlich und ehrlich zu uns Stellung nehmen.

Um diese Lösung herbeizuführen, müssen zwei wesentliche, ich möchte beinahe sagen, gesinnungsmäßige Entwicklungsrichtungen gefördert werden. Die eine gipfelt in der notwendigen Erkenntnis, daß neben den Beziehungen von Staat zu Staat die Beziehungen von Volk zu Volk, von Volk mit Volk besser erkannt und mehr berücksichtigt werden müssen. Die andere liegt mehr im Weltanschaulichen: Es gilt reif zu werden für das Nationalitätenproblem, insbesondere für das ostpolitische Nationalitätenproblem. Es gilt — und das ist zum großen Teil eine Frage der Haltung —, von den beiden geistigen Endpunkten loszukommen, an denen wir uns vielfach befinden: von dem weltbürgerlichen Idealismus einerseits, der gerade dem Deutschen eigen ist, und von dem lediglich staatsgebundenen, staatszentralistischen Nationalismus anderseits. Fremdnationales, kulturelles Eigenleben gelten lassen und nationales Selbstbewußtsein zur Kraftquelle auch für übernationale Aufgaben zu gestalten, das ist die Stufe, auf der wir erst für osteuropäische Problemlösungen reif sind.

Die Zusammenarbeit der auslanddeutschen Volksgruppen in Gestalt der Arbeitsgemeinschaft ihrer parlamentarischen Abgeordneten hat zu ihrem Teil die angedeuteten Lösungsversuche in Angriff zu nehmen ermöglicht. Sowohl in konnationalem Arbeiten als auch auf dem Genfer Nationalitätenkongreß sind wir zu dem Ergebnis gelangt, daß die national-kulturelle Selbstverwaltung, die Anerkennung der Volkspersönlichkeit, die Forderung einer gesteigerten Rechtshygiene in Osteuropa, die Entgiftung des nur-nationalstaatlichen Denkens einmütig Zuspruch und Unterstützung fand. Hätten wir uns nicht zu dieser Zusammenarbeit entschlossen, so wären vielleicht heute schon die schwachen Ansatzpunkte für die Fortentwicklung dieser Dinge abgebaut und im Sinne vieler Gegner vernichtet worden.

Es ist genugsam von der Krise Europas, vom Untergang des Abendlandes, vom Fehlen einer geschlossenen europäischen Eigenrichtung geredet und geschrieben worden. Wir brauchen einen weiten Ausblick. Ich sehe heute Europas Eigenleben und Eigengeltung von zwei Seiten bedrängt. Von Westen her stößt der sich kraß materialistisch gebärdende Amerikanismus entseelend, mechanisierend und nivellierend gegen die europäische Kultur vor. Von Osten her drückt der Bolschewismus; und selbst wenn er überwunden würde, bliebe auch bei jeder anderen staatspolitischen Gestaltung der großen sarmatischen Tiefebene dieser Druck von Osten her bestehen. Wie soll sich aber Europa diejenige Ellenbogenfreiheit verschaffen, die es für seine Neugestaltung braucht, wenn nicht seine Mitte, Herz Europa, nach beiden Seiten hin Gegendruck bietet, und darüber hinaus den gewaltigen neuzeitlichen Problemen, wie dem Nationalitätenproblem, gangbare Lösungen weist.